

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, [luchs@schatten-kabinett.ch](mailto:luchs@schatten-kabinett.ch)

- Mitglied «Die Mitte» ( [www.die-mitte.ch](http://www.die-mitte.ch) )
- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2
- Redaktor [www.schatten-kabinett.ch](http://www.schatten-kabinett.ch)
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer [www.acad.jobs](http://www.acad.jobs) : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

### Abstimmungs- und Wahlparolen vom 18. Juni 2023

Die Schweiz ist anders: Das Ausland wundert sich immer wieder darüber, dass wir Schweizerinnen und Schweizer nicht nur auf allen Staatsebenen jeweils alle 4 Jahre eine Volksvertretung wählen, sondern auch über sehr viele Sachfragen abstimmen. Sogar die Abschaffung der Armee (abgelehnt), die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges (angenommen), der Beitritt zur EU (abgelehnt) oder die Erhöhung der gesetzlich vorgeschriebenen Anzahl Wochen Ferien pro Jahr (abgelehnt) waren schon Thema. Es gibt egoistische Einstellungen zu Abstimmungen, die Gift für unsere wertvollen Volksrechte sind:

- «Profitiere ich von der Vorlage?»
- «Ich benutze das selber auch – deshalb bin ich dafür, dass andere mitzahlen.»
- «Ich brauche das selber nicht – das kann man ruhig verbieten.»

So geht uns die liberale Mitte verloren. Mit dem Schweizer Schriftsteller Meinrad Inglin in Schweizerspiegel:

**«Die Schweiz ist ein Land für reife Leute und kein Tummelplatz für Unmündige!»**

Die Schweiz muss eine Willensnation und eine liberale Wertegemeinschaft bleiben. Als Orientierung helfen die Grundsätze auf [www.schatten-kabinett.ch/29](http://www.schatten-kabinett.ch/29) .

Unsere Parolen zu den Abstimmungen vom 18. Juni 2023

- Stadt Zürich
  - Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben»: **Nein**
  - Wohnraumfonds, Änderung der Gemeindeordnung: **Nein**
  - Wohnraumfonds, Objektkredit von 100 Millionen Franken und Rahmenkredit von 200 Millionen Franken: **Nein**
  - Betriebsbeiträge Pestalozzi-Bibliothek Zürich: **Ja**
  - Schulanlage Saathaus, Ausgaben von 231 Millionen Franken: **Widerwillig, leider Ja**, siehe NZZ-Artikel: [www.nzz.ch/zuerich/das-geplante-zuercher-riesenschulhaus-kostet-pro-klasse-4-millionen-franken-wie-kann-das-sein-ld.1740229](http://www.nzz.ch/zuerich/das-geplante-zuercher-riesenschulhaus-kostet-pro-klasse-4-millionen-franken-wie-kann-das-sein-ld.1740229)
- Kanton Zürich – keine Vorlagen
- Bund
  - OECD-Mindeststeuer: **Widerwillig, leider Ja**
  - Covid-19-Gesetz: **Ja**
  - Klimaschutzgesetz: **Nein, Begründung:**
    1. Es ist ein Versagen der bürgerlichen Parteien auf Bundesebene, dass die Schweiz nicht *auf Bundesebene* marktwirtschaftliche Instrumente sauber einführt: das funktioniert am schnellsten und effizientesten und ist damit am besten für die Umwelt und kostet gleichzeitig am wenigsten. Stattdessen spriessen auf den tieferen Staatsebenen Vorschriften und unökonomische Sololäufe. Die Zeit drängt, das Problem ist real! Stichworte einer Lösung müssen sein:
      - Kostenwahrheit
      - Teilnahme Emissionshandelsmechanismus der EU
      - Kombination mit CO2-Abgabe mit **100 % Rückgabe an die Bevölkerung** (dann gewinnt man auch die Abstimmung). Die Umverteilungswirkung der CO2-Abgabe hört ab 2050 automatisch auf, wenn wir bei Netto-Null angelangt sind.
      - Keine Subventionen!
      - Der Kernkraft muss eine wichtige Rolle eingeräumt werden. Generell: Technologieneutrale Politik!
      - Autarkie bei der Energieversorgung ist kein Ziel, solange man nicht erpressbar wird.
      - gleichzeitiges Durchforsten des Vorschriftensalats, nicht nur im Umweltschutz, auf allen Staatsebenen:
        - a. viele Vorschriften behindern und verteuern den Umweltschutz.
        - b. Zudem müssen Unternehmen und Private gleichzeitig wo nur möglich generell entlastet werden, damit sie besser mit dem teuren Umbau Richtung Klimaneutralität fertig werden können.
    2. Bei der aktuellen Vorlage gibt es neben der Bürokratie auch grosse Mitnahmeeffekte. Zudem ist die Schweiz beispielsweise bei der Gebäudesanierung pro Einwohner sehr gut unterwegs, sogar in der Spitzengruppe – und dies trotz Zunahme der Wohnfläche pro Einwohner. Wegen

der starken Zunahme der Bevölkerung zeigt sich das aber nicht bei oberflächlicher Betrachtung der Statistik.

3. Die im konkreten Klimaschutzgesetz vorgeschlagenen Mittel reichen zudem bei weitem nicht aus. Das Argument, es sei ja ein erster Schritt und einmal installiert, kann man dann noch mehr Subventionen sprechen, ist gefährlich, weil es der falsche Weg ist, siehe auch Punkt 1 und 2 oben.